

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründet 1856

Verlag: Druck & Verlagsanstalt, Dresden, Postfach 10. 1000 Dresden. Druck: Druck & Verlagsanstalt, Dresden, Postfach 10. 1000 Dresden. Preis: 1.00 M. (inkl. Postgebühren). Abonnement: 12.00 M. (inkl. Postgebühren). Einzelhefte: 0.10 M. (inkl. Postgebühren). Anzeigen: 1.00 M. (inkl. Postgebühren). Druck & Verlagsanstalt, Dresden, Postfach 10. 1000 Dresden.

Der Empfang bei Hindenburg verschoben

v. Schleicher tritt Gerüchten entgegen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Sept. Das politische Wochenende stand im Zeichen einer bedeutsamen Erklärung des Reichswehrministers von Schleicher, die amtlich veröffentlicht wurde und folgenden Wortlaut hat:

Entgegen anderslautenden Gerüchten, die zur Zeit umlaufen, teilt Reichswehrminister v. Schleicher mit, daß er nicht bereit ist, an einer Verfassung des Reiches durch ein unabhängiges Präsidialkabinett durchzuführen. Er betont, daß er es als eine Untertugend gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen würde, wenn er irgend etwas tun würde, was den Bestand des Kabinetts gefährden könnte.

Ausgelöst wurde diese Erklärung durch in zunehmendem Maße umlaufende Gerüchte, daß der Reichswehrminister gewissermaßen sein eigenes politisches Spiel spiele und sogar bereit sein würde, an dem von den Nationalsozialisten immer energischer geforderten Sturz des Reichskanzlers v. Papen aktiv mitzuwirken. Diese Gerüchte waren schließlich bis zum Reichspräsidenten gedrungen, und nachdem auch der Kanzler mit ihnen befaßt worden war, schien es für den Reichswehrminister nicht mehr möglich, sich auf eine im kleinen Kreise abgegebene dementierende Erklärung zu beschränken. Die Gerüchte selbst, um die es sich dabei handelt, haben natürlich als reale Hintergründe. Es ist bekannt, daß General v. Schleicher von jeher besonders gute Beziehungen zur NSDAP gehabt hat und deren Einbeziehung in die politische Verantwortung immer wieder bestritten hat. Der 31. August durchgeführte allerdings diese Bestrebungen. Dieser wurde nicht Kanzler, wie es v. Schleicher und auch v. Papen gewünscht hatten. Am Widerstand des Reichspräsidenten, der von einer Kanzlerschaft Hitlers eine Verabschiedung seiner Befugnisse befürchtete, scheiterte der Versuch. Seitdem datiert die immer mehr zunehmende Feindschaft der NSDAP gegen v. Papen, in dem sie — übrigens zu Unrecht — denjenigen sehen zu müssen glaubt, der eine Kanzlerschaft Hitlers hintertrieben habe.

Die Wahrheit ist, daß eben am 11. August zwei sehr harte Auseinandersetzungen zwischen Hindenburg und Papen, aufeinanderfolgend, stattfanden.

Die in ihren politischen Konzeptionen und als politische Persönlichkeiten sich gegenseitig nahezu ausschloßen. Nur einer von beiden konnte die unbedingte Führung behalten oder bekommen. Hindenburg erwies sich als der Stärkere. Der Kampf, den Hitler jetzt auch gegen die Persönlichkeit des Reichspräsidenten führt, hat hier seine Wurzel.

Hindenburg hält seitdem Papen in seinem Amte, während die NSDAP, die Position des Kanzlers leidenschaftlich bekennt. Im Hintergrund steht das Zentrum, das die Offensive gegen den verhassten „Menegeten“ Papen unternimmt, um sich eine Genugtuung wegen des Bruchsturzes auch Hindenburg gegenüber zu verschaffen. Seit dem 11. August gilt aber das Vertrauen Hindenburgs an Schleicher als erschüttert. An der letzten Notverordnung soll Schleicher nur noch passiv mitgewirkt haben. Er soll seitdem stimmungsmäßig zwischen dem Kabinett, in dem er ziemlich vereinsamt zu sein schien, und dem andringenden Nationalsozialismus mit seinen weitergehenden Querverbindungen an den christlichen Gewerkschaften des Zentrums gefangen haben. Aus dieser Situation ist

der in den letzten Tagen von nationalsozialistischen Kreisen auch direkt an Schleicher herangetragene Plan eines neuen Kabinetts entstanden, Straßer die Reichswehrminister und Stegerwald das Reichsarbeitsministerium übernehmen sollten. Nach aktuellem Scheitern Schleichers mit Stegerwald in dieser Angelegenheit Bestrebungen gehabt zu haben.

Diese bisher latenten Spannungen sind durch die Erklärung Schleichers und durch die übrigen Vorgänge der letzten 48 Stunden, vor allem aber im Kampfe um die Notverordnung aus Tageslicht gekommen, deren sozialpolitischer Teil die Arbeitnehmerorganisationen auf den Plan rief. Die NSDAP hat sich diesen Tendenzen angeschlossen. Man hoffte, den Reichspräsidenten dafür zu gewinnen, daß er sich von Papen trennen und die Notverordnung weitgehenden Abänderungen unterwerfen würde. Hindenburg hat bisher aber strikte abgelehnt Papen fallen zu lassen.

Noch einmal hat Papen also an der Schwelle der entscheidenden Reichstagsberatungen seine Stellung in vollem Umfang behaupten können.

Aus diesem Grunde operiert nun die Opposition auch dem Reichspräsidenten gegenüber mit großer Vorsicht und mit kaum noch im einzelnen begrifflich zu machenden tatsächlichen Winkelzügen. Der Sonnabendnachmittag und -abend stand im Zeichen eines Hin und Her, das an die Witzesseiten des Parlamentarismus erinnert. Bekanntlich war der Empfang der Braun-schwarzen Arbeitsgemeinschaft beim Reichspräsidenten für Dienstagmittag angesetzt. Der Kanzler war ausdrücklich von Hindenburg zur Teilnahme aufgefordert worden. Die Nationalsozialisten hatten aber angekündigt, sie würden die Sicherungen verlangen, damit sie bei dem bevorstehenden Besuch nicht vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Infolgedessen

wandten sich Göring und das Zentrum am Sonnabendnachmittag an den Reichspräsidenten mit der Bitte um Verlegung des Empfangstermins auf Montagnachmittag und Verschiebung der Kanzlererklärung auf Dienstag. Hindenburg teilte im nachfolgenden Kommuniqué sein Einverständnis mit:

Reichspräsident Göring hatte beantragt, daß eine Unterredung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und den Vertretern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattfinden möge. Hiermit hatte sich der Reichspräsident einverstanden erklärt und die Unterredung auf Dienstag anberaumt. Am Sonnabend hat Herr Göring gebeten, daß die Unterredung schon am Montag stattfinden möge. Auch hierzu hat der Reichspräsident sein Einverständnis erklärt.

Wenige Stunden darauf besannen sich die Nationalsozialisten und das Zentrum jedoch eines anderen und boten am abendlichen Vorverlegung des Termins. Seitdem schweigt Hindenburg. Es verläutet, daß dieses Vorgehen nur noch weitere Verzögerung bei ihm hervorgerufen hat.

Da die Entscheidung des Reichspräsidenten, der, wie gesagt, diesem tatsächlichen Spiel sein Einverständnis mehr entgegenzubringen in der Lage ist, noch aussteht, war am Sonntagabend eine Klärung dieser reichlich verworrenen Lage noch nicht möglich. Es wird aber, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, damit zu rechnen sein, daß der Empfang der neuen Konstitutionspartei am Donnerstag nach Abschluß der Reichstagsdebatten über das Wirtschaftsprogramm stattfinden wird, und nach einer als für diesen Termin wahrcheinlichen Vertagung des Parlamentes. Das Programm der nächsten Tage würde demnach wie folgt aussehen:

Montag 15 Uhr Inzidentreten des Reichstags und große Kammersitzung über das Wirtschaftsprogramm.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Reichstagsausdrache über die Kanzlerrede und anschließend Verlaungungsbeschlüsse für alle Abstimmungen. Donnerstag gegen Abend Empfang der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beim Reichspräsidenten.

Die Reichstagsausdrache wird, wenn diese Termine sich bewährten sollten, vollständig unter dem Einfluß des nachfolgenden Empfanges beim Reichspräsidenten stehen. Die in Frage kommenden Parteien werden deshalb zweifellos bemüht sein, sich lediglich auf sachliche Ausführungen zu beschränken und jede unvorsichtige Redewendung zu vermeiden, da sie sonst eine Verweigerung des Empfanges beim Reichspräsidenten befürchten müssen.

Ueber den Inhalt der Ausführungen, die der Reichskanzler von Papen machen wird und die zeitlich etwa eine Stunde in Anspruch nehmen dürften, verläutet, daß der Reichskanzler sehr stark den Gedanken der Gemeinschaft bei Zurückdrängung der parteipolitischen Gegensätze und Ausbaltung der parteipolitischen Interessen vertreten wird. Bei Behandlung des Wirtschaftspro-

gramms der Regierung werde der Kanzler an die sozialpolitische Witschaft des Reichspräsidenten erinnern, die in dem Augenblick erging, als der Reichspräsident das Wirtschaftsprogramm der Regierung in Neudeck billigte und die Forderung aufstellte, daß der sozialpolitische Fortschritt nicht etwa befeitigt, sondern verteidigt werden müsse. Diese Forderung mache sich die Rede des Kanzlers voll zu eigen.

In den Verfassungsfragen werde der Kanzler nur die allgemeine Notwendigkeit einer Reform betonen.

Bei der Ausarbeitung der Rede hat man alle wichtigen Reichsvereine herangezogen, da der Kanzler eine umfassende Darstellung der bisherigen und ein Programm der künftigen Regierungsbearbeitung zu geben beabsichtigt. In dem, was über den Inhalt der Rede verläutet, findet sich wieder die Unterbrechung, daß der Reichskanzler von Angriffen auf die Oppositionsparteien absehen werde. Die Regierung wolle den Kampf mit den Parteien aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation nur im Notfall. Sie würde eine Verständigung durch ein Nachgeben der Parteien vorziehen. Diese Verständigungs-bereitschaft werde dann in einem Appell spielen, die Volksgemeinschaft dem Parteienstreit voranzustellen.

Eine weitere amtliche Mitteilung

Berlin, 11. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: In einigen Zeitungen wird die Möglichkeit unterstellt, daß die Reichsregierung in unaufrichtiger Weise, die zum Ziele einer Verständigung gesuchte Aussprache beim Herrn Reichspräsidenten dann benutzen wollte, um den Reichstag nachher (d. h. nach der Regierungserklärung) sofort aufzulösen, ohne ihm die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Diese bisherigen Gespöngelheiten in bestrebender Weise widerprechende Verdächtigungen der Reichsregierung muß auf das Schärfste zurückgewiesen werden. Der Tatbestand ist folgender: Auf Wunsch mehrerer Mitglieder des Reichstagspräsidenten hatte der Herr Reichspräsident sich bereit erklärt, am Tage nach der Regierungserklärung Vertreter der Reichstagsfraktionen, die gemeinsam eine arbeitstägliche parlamentarische Mehrheit bilden zu können glauben, zu einer Aussprache zu empfangen. Die Reichsregierung hatte diesen Wunsch bereitwillig befürwortet. Der Zeitpunkt dieser Aussprache war von den Parteien, die beim Herrn Reichspräsidenten vorstellig geworden waren, selbst gewählt worden. Er ist der Reichsregierung völlig gleichgültig. Ueber seine Zweckmäßigkeit sind nachher bei den oben genannten Parteien selbst Zweifel aufgetaucht, die zu mehrfachen neuen Bitten führten, die dem Herrn Reichspräsidenten zum Teil sogar durch die bereitwillige Vermittlung des Herrn Reichskanzlers vorgetragen wurden. Der Herr Reichspräsident hat sich auch sofort mit einer Vorverlegung des Empfanges auf einen Termin, der der Regierungserklärung vorausgehen konnte, einverstanden erklärt.

Die Annahme ist irrtümlich, daß die Reichsregierung durch vorzeitige Reichstagsauflösung eine politische Aussprache im Reichstag zu verhindern wünscht. Die Reichsregierung steht vielmehr einer solchen Probe mit großem Interesse entgegen, weil sie sich von ihr eine sehr nützliche Aufklärung des deutschen Volkes verspricht, und weil sie keine Möglichkeit ungenutzt lassen möchte, auch im Reichstag eine Mehrheit für ihr Programm zu finden.

Jahrestagung des Bundes der Saarvereine

„Deutsch die Saar immerdar“

Roßla, 11. Sept. Mit einer Mitglieder- und Vertreterversammlung in der Städtischen Festhalle leitete der Bund der Saarvereine am Sonntagvormittag seine Jahrestagung 1932, die zwölfte seit Bestehen des Bundes, ein. Nach dem Begrüßungsansprachen warf der Leiter der Geschäftsstelle Saar-Verein-Berlin, Verwaltungsabteilungsleiter Theodor Vogel, einen Rückblick auf die Tätigkeit der Organisation im vergangenen Jahre. Er stellte dabei fest, daß die französische Saarpropaganda noch immer eine außerordentlich rege Tätigkeit entfalte, was auf eine finanzkräftige Unterstützung durch einflussreiche Kreise in Frankreich schließen ließe. Als Ziel und Aufgabe der Geschäftsstelle der Saarvereine bezeichnete der Redner, dem Volkswillen an der Saar Geltung zu verschaffen, in der Forderung:

Deutsch die Saar immerdar!

Im Anschluß an die Arbeitstagung fand, ebenfalls in der Städtischen Festhalle, eine große öffentliche Versammlung statt. Den ersten Vortrag hielt Kommerzienrat Dr. Otto Hermann Schäfers (Wöllfingen) über „Die politische und wirtschaftliche Lage des Saargebietes“. Wenn in zweiinhalb Jahren die Volksabstimmung im Saargebiet stattfinden, so erklärte er unter anderem, so werde sie ein glänzendes Treuebekenntnis zum Reich darstellen.

Wir stehen vor der Tür des Vaterlandes und wollen hinein, gleichgültig, wie in ihm die Handhabung besteht ist!

Auch im Interesse des französischen Ansehens sollte dem letzten Junge des Mißbrauches der Macht und der Reichsbedrohung ein baldiges Ende bereitet werden. Der Redner bekannte sich als Anhänger der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Voraussetzung sei allerdings, daß vorher auf politischem Gebiete ein

großes, das deutsche Volk befriedigendes Meinemachen stattfinden. Das sei für Frankreich wichtiger und ließe ihm bei den gegenwärtigen Entwicklungsmöglichkeiten der Technik eine größere und dauerhaftere Sicherheit, als noch so starke Grenzbesetzungen. An sich bedrohlichen Ausblicken in die Zukunft habe die Saarbevölkerung schließlich keine Freunde. Deshalb sei sie auch in erster Linie dazu berufen, zu einer

Brücke zwischen Frankreich und Deutschland

zu werden, einer Brücke, die seit hundert Jahren auf seiner bewährten Trave zu Deimat und Vaterland. Es gebe unendlich viele Gebiete, auf denen beide Länder sich ergänzen und auf denen eine beiderseitige Verständigung zum Wohle und Vorteile beider Völker dienen könnten. Dr. Köhling schloß mit den Worten: „Wir stehen, wenn nicht alles täuscht, an einer Zeitenwende. Wägen sich in beiden Ländern Männer von stolzer Vaterlandsliebe und ehrlicher Sorge um die Zukunft von Land und Leuten finden, die Flug und Stark genug sind, trotz aller Enttäuschungen in der Vergangenheit den Weg der Verständigung zu gehen!“

Als zweiter Redner sprach Dr. Hermann (Berlin) zum Thema: „Rhein, Mosel und Saar im Versailler Diktat“. Er kennzeichnete

Die alte französische Rheinpolitik

der die geopolitische Rechtfertigung fehle und die dem Willen entsprungen sei, an der Spitze der europäischen Völker auf der Rhein-Rhodelinte, der Querverbindung durch den Reichslandkörper, die Operationsbasis für die Vormachtstellung auf dem Kontinent zu gewinnen. Selbst nach der Abmung des besetzten Gebietes habe Frankreich durch die Entmilitarisierung des deutschen Westens zwischen Mosel und Emmerich eine militärische Interessensphäre und Einmischungszone behalten. Das französisch-belgische Festungssystem umfasse flankierend unsere linke Rheinseite. Unter seinen Kanonen liege das gesamte Westdeutschland wie ein völlig schutzloses

fe 38 48 58 68 95 125 230 240 250 260 270 280 290 300 310 320 330 340 350 360 370 380 390 400 410 420 430 440 450 460 470 480 490 500 510 520 530 540 550 560 570 580 590 600 610 620 630 640 650 660 670 680 690 700 710 720 730 740 750 760 770 780 790 800 810 820 830 840 850 860 870 880 890 900 910 920